

Dr. Inge Gräßle MdEP
Europäisches Parlament
Altiero Spinelli 15 E 130
Rue Wiertz B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-2847868
Fax.: 0032-2-2849868

Pressemitteilung 17. November 2005

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Europäischen Parlament

Chemikalienrichtlinie: CDU-Europaabgeordnete lehnen REACH ab

Die 8 CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament haben bei der heutigen Abstimmung in Straßburg geschlossen gegen die Chemikalienrichtlinie REACH gestimmt. Die Richtlinie bekam im Europäischen Parlament eine Mehrheit von 405 Abgeordneten bei 155 Gegenstimmen. Die baden-württembergischen CDU-Europaabgeordneten fürchten schwerwiegende Nachteile und Kosten für die Chemieindustrie auch in Baden-Württemberg. Sie kritisieren, dass Unternehmen für alle zu verarbeitenden Stoffe über einer Tonne das aufwändige Registrierungs-, Evaluierungs- und Genehmigungsverfahren passieren müssten. Alle Rezepturen für chemische Produkte müssten im Internet und auf der Verpackung veröffentlicht werden. Damit sei weniger der Verbraucherschutz, sondern vor allem Produktpiraterie verbunden. Über die Geheimhaltung der Rezepturen werde eine neu zu gründende europäische Agentur allein entscheiden; damit werden Unternehmen für ihre Produktentwicklung entmündigt und unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt. Die erheblichen Registrierungskosten haben die Unternehmen allein zu tragen. Der Antrag, Registrierungskosten des Mittelstands über die EU mitzufinanzieren, wenn diese mehr als 0,2% vom Umsatz ausmachen, wurde von einer linken Mehrheit abgelehnt. Verbraucher haben künftig das Recht, Rezepturen chemischer Stoffe binnen 15 Tagen bei der europäischen Agentur zu erfahren. Die baden-württembergischen CDU-Europaabgeordneten befürchten, dass REACH die Investitionsbereitschaft der Chemieindustrie in Europa nachhaltig einschränkt, aber weder mehr Umweltschutz noch einen größeren Informationswert für Verbraucher mit sich bringt. Leider sei es lediglich beim Punkt "Registrierung" gelungen, eine über die Fraktionsgrenzen hinausgehende, vernünftige Linie zu finden. Häufig seien nur mit knappen Mehrheiten investitions- und arbeitsplatzfeindliche Beschlüsse gefasst worden. Das Gesamtpaket sei nur "schwer verdaubar".

Das Europäische Parlament stimmte in einem 2,5stündigen Abstimmungsmarathon über 1038 parlamentarische Änderungsanträge des hoch umstrittenen Kommissionsvorschlags ab. Es war die größte Zahl an Änderungsvorschlägen, die im Europäischen Parlament je zu einem einzigen Gesetzessentwurf vorgelegen haben. Jetzt hat der Rat der 25 Mitgliedsstaaten das Wort. Die baden-württembergischen CDU Europaabgeordneten sind sich sicher, dass alle nur mit knapper Mehrheit verabschiedeten Punkte weder im Rat noch in der zweiten Lesung mit der geforderten Drei-Fünftel-Mehrheit eine Chance haben. Im Moment habe das Parlament ein "bürokratisches, teures und nicht zu verantwortendes Monster" beschlossen.

Die Mitglieder der CDU-Landesgruppe Baden- Württemberg sind:

Daniel Caspary

Dr. Inge Gräßle

Elisabeth Jeggle

Prof. Dr. Karl Lauk

Andreas Schwab

Thomas Ulmer

Dr. Karl von Wogau

Rainer Wieland (Vorsitzender)